Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 80. Abendblatt. Sonnabend, den 16. Februar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 15. Februar. Die letzten Berliner Stadtraths-Wahlen, darunter auch die des Herrn v. Hennig, sind von der Regierung zu Potsdam bestätigt worden. Wenn viele demokratische Blätter vor den Wahlen gemeldet haben, daß die Bestätigung des Herrn von Hennig als Stadtrath verweigert worden sei, so hat diese unbegründete Nachricht wohl nur den demokratischen Wahlagitationen zu Hülfe kommen sollen. — Die neu aus den Provinzen eingehenden Berichte über die Reichstagswahlen bekunden, daß die Demokratie nicht überall solches Uebergewicht behauptet hat, wie im oppositionslustigen Berlin und das Triumphgeschrei der Opposition dürfte allmählich in Folge dessen etwas herabgestimmt werden. Abgesehen von den vielen Orten, wo das Resultat erst noch durch engere Wahlen ermittelt werden muß, wie z. B. auch in Elberfeld-Barmen zwischen dem Grafen Bismarck und Forkenbeck, sind schon folgende konservative bezüglich gouvernementale Wahlen gemeldet worden:

Im Kreise Jerichow ist der Minister-Präsident gewählt;
in Halberstadt Graf Stolberg-Wernigerode;
in Königsberg i. Pr. General v. Falckenstein;
in Salzwedel Herr v. Bismark-Briest;
in Wanzleben Amtsrath Frantz;
in Memel General v. Moltke;
in Braunsberg Geh. Ober-Regierungsrath Kraetzig;
in Arnswalde Rittergutsbesitzer v. Wedemeyer;
in Militzsch Graf Malzahn;
in Neustettin Geh. Regierungsrath Wagener;
in Ratibor Fürst Lichnowsky;
in Pleß Fürst Pleß;
in Deutsch-Crone Landrath Graf Eulenburg;
in Ottweiler Fabrikbesitzer Stumm;
in Mörs Rittergutsbesitzer vom Rath;
in Essen Landrath Devens;
in Hagen Freiherr v. Vincke (gegen Gneist);
in Bochum Landrath Pilgrim (gegen Dr. Löwe);
in Löwenberg Herr v. Cottenait u. s. w.

Es ist also wohl zu hoffen, daß auch das gemäßigte und besonnene Element im Reichstage eine starke Vertretung finden werde. Die sechs demokratischen Wahlen in Berlin hatten die Berliner Reform wieder so weit in die Anschauungen des Jahres 1848 zurückversetzt, daß ihr alle praktischen Errungenschaften, so groß sie auch sein möchten, nicht mehr genügten und sie bereits für ein „Veto der Volks-Tribunen schwärmte, wenn nicht das gesammte politische und geistige Leben der Nation in der neuen Bundes-Verfassung umfaßt sei"! Das Phrasenthum vom Jahre 1848 also schon in voller Blüthe! Als würdiges Seitenstück dieser politischen Reife darf man nur noch die Aeußerung des Grafen Carl Eduard Baudissin in Rendsburg anführen: „daß zunächst der Graf Bismarck im Reichstag zur Verantwortung gezogen werden müsse, weil die Deutsch-Oesterreicher noch fehlten", und Jeder, der aufrichtig die deutsche Einheit endlich einmal verwirklicht sehen möchte, wird sich freuen, wenn diese Kategorie von Phrasenpolitikern ein wirksames Gegengewicht im Reichstag findet.

Berlin, 15. Februar. Die französische Thronrede, schreibt die „N. Allg. Z.", wird den Freunden des Friedens und des friedlichen Fortschreitens der Nationen große Genugthuung gewähren. Der Kaiser der Franzosen hat allen großen Fragen, welche die politische Welt in Spannung erhalten, eine eingehende Betrachtung gewidmet, und er ist zu dem Schlusse gelangt, daß die Gegenwart wie die Zukunft keine Gefahren für Frankreich in ihrem Schooße bergen. Diese Ueberzeugung findet in der Entschließung, die Verfassung des Kaiserreichs gerade im gegenwärtigen Augenblicke in liberalem Geiste auszubauen, eine weitere Bestätigung. Die Thronrede kündigt eine Reihe von Gesetzentwürfen an, deren Aufgabe es sein wird, „die Sitten des Volkes an der Hand liberaler Institutionen heranzubilden." Daß dieser Entwickelungsgang jedoch ohne Ueberstürzung, sondern mit besonnener Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse unternommen werden soll, spricht sich in jenen Worten aus, in denen der Kaiser, mit dankbarer Anerkennung der Unterstützung, welche die unendlich große Majorität der Vertretungskörper des Volkes ihm beständig zu Theil werden ließ, einen Nachdruck darauf legt, daß die Majorität fortfahren werde, gemeinschaftlich mit dem Monarchen Hüter der wahren Interessen Frankreichs zu sein. Jenen Parteien, denen die gemäßigte Politik des Kaiserreichs ein Dorn im Auge war, weil sie ihnen keine Gelegenheit bot zur Realisirung ihrer subversiven Tendenzen, ist durch die Ausführungen der Thronrede der reale Boden zu neuerlichen Angriffen entzogen. Indem die Kaiserliche Ansprache konstatirt, daß Frankreichs Macht und Ansehen, zur Erhaltung der Ruhe in Europa angewandt, sich allseitig den gebührenden Einfluß gewahrt, wirft sie jene Argumentirungen über den Haufen, welche das Gewicht Frankreichs in internationalen Fragen für verringert ausgeben wollen; indem die Thronrede ferner den Zeitpunkt für liberale Reformen gekommen erklärt, entwaffnet sie die Gegner, welche das Kaiserliche Regime als ein permanentes Hemmniß freiheitlicher Entwickelung darzustellen sich bemühten. Es ist daher nicht zu zweifeln, daß die Thronrede in Frankreich selbst wie im übrigen Europa mit aufrichtiger Befriedigung aufgenommen werden dürfte. — In Italien scheint man denn auch ernste Verwicklungen an der jenseitigen Küste des adriatischen Meeres für unausbleiblich zu halten, denn in vielen Städten Oberitaliens haben sich in Hinblick auf diese Eventualität bereits philhellenische Comité's gebildet, und die Ansicht ist allgemein, daß Garibaldi, der nächsteus Venedig besuchen soll, sich nur deshalb an die Küsten der Adria begebe, um im Erfordernißfalle den Griechen ohne Verzug zu Hülfe eilen zu können. — In der inneren Situation Italiens hat sich seit Auflösung der Kammer nichts geändert, und ist auch v n einer Parteibewegung für die nächsten Wahlen noch nichts zu bemerken. Dagegen verlautet, daß im Kabinet bis zur Eröffnung der neuen Kammersession einige Modifikationen eintreten dürften, und da die HH. Scialoja und Borgatti von denselben betroffen werden sollen, hat es den Anschein, als ob die Regierung in der Kirchengüterfrage eine geänderte Stellung einzunehmen beabsichtige.

— Wie die „B. B.-Z." hört, ist der Königin ein überaus liebenswürdiges und freundschaftliches eigenhändiges Schreiben des Kaisers Napoleon zugegangen. Anlaß dazu hat die Bemühung der Königin um ein Buch gegeben, welches nur in wenigen Exemplaren existirt. Der Kaiser hat, sobald er davon Kenntniß erhielt, sich beeilt, der Königin sein eigenes Exemplar des Buches mit dem erwähnten Begleitschreiben zu übersenden.

— Ein mecklenburgischer höherer Offizier wird, wie man versichert, hier eintreffen zu vorbereitenden Besprechungen wegen Einführung des mecklenburgischen Kontingents in das norddeutsche Bundesheer. In dem letzteren werden die Regimenter durchlaufende Nummern haben, und dies gilt für das sächsische Armeekorps so gut wie für die anderen Truppeu.

— Graf Barral begiebt sich heute Abend oder morgen früh nach Wien.

— Die Deputirten der ständigen Bürger-Repräsentation von Frankfurt a. M. sind, schreibt die „Zeidl. Corr.", hier eingetroffen, um Sr. Majestät dem Könige eine Petition zu überreichen. Die Deputation besteht aus den Herren Dr. jur. Jucho, Dr. jur. Schlemmer, Alex Scharff, Phil. Schmidt-Polex, Jul. Chun. Der Inhalt ihrer Petition geht bekanntlich dahin, daß die der Stadt Frankfurt auferlegte Kontribution in eine preußische Staatsschuld umgewandelt und daß Frankfurt zum Sitze höherer Behörden gemacht werde. Der Tag für eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige ist noch nicht festgestellt.

Kosel, 12. Februar. Gestern ereignete sich bei Krappitz ein Unglück. Ein Fleischer fuhr gegen Morgen mit seiner Familie über die dortige Oderbrücke, welche gerade kurz vorher für durchpassirende Schiffe geöffnet worden war, und stürzte sammt dem Gefährte, da er in der Dunkelheit den Abgrund nicht bemerkt hatte, in den Fluß. Es ist von den Verunglückten nur ein Knabe gerettet worden; alle übrigen sammt den Pferden und Wagen hat der Strom verschlungen.

Dresden, 14. Februar. (Post.) Ein Lokalblatt (Ableger des amtlichen Journals) dementirt heute selbstbewußt den preußischen Staatsanzeiger bezüglich der Räumungsangelegenheit und hofft nach wie vor auf die gänzliche „Befreiung von den bewaffneten Bundesbrüdern" in Sachsen. Bei wahrer Bundesbrüderlichkeit könnte man, denken wir, zwischen den verschiedenen Stämmen des neuen deutschen Reiches gar nicht so ängstlich unterscheiden. Im Gegentheil müßte es uns ganz zweckmäßig erscheinen, wenn die sächsischen Truppen in fremden Garnisonen ihre deutschen Bundesbrüder näher kennen lernen und die Einwohner Sachsens speziell mit den preußischen Bundesbrüdern sich wirklich verbrüdern würden. — Unsere frühere Nachricht, daß der sächsische Postbetrieb in preußische Hände übergeht, wird jetzt auch anderweitig bestätigt. — Ein Leipziger Blatt meinte kürzlich, Preußen habe den Zollverein nicht um der Kleinstaaten willen, sondern im eigenen Interesse geschaffen. Auch wir glauben, daß Preußen bei jener Schöpfung theils das Interesse ganz Deutschlands, theils und zwar in erster Linie nach der gewöhnlichen Reihenfolge der Pflichten, sein eigenes Interesse im Auge gehabt hat. Allein damit ist nicht gesagt, daß Preußen, um eine Pression auf die Kleinstaaten auszuüben, seine Schöpfung für jene nicht zeitweilig einmal suspendiren könnte. Für Preußen stehen darum doch alle Meere offen. Auch kann dasselbe eine Krisis weit eher durchmachen als ein Kleinstaat. Es stünde also an sich einer solchen Maßregel von Seiten Preußens gar nichts Wesentliches im Wege.

Fürstenthum Lippe, 13. Februar. Nach den schon heute vorliegenden Wahlresultaten aus sämmtlichen Wahlbezirken unseres Landes (mit Ausnahme von einem) ist unser Kabinetsminister v. Oheimb zu unserem Abgeordneten zum Reichstage des norddeutschen Bundes erwählt, indem er mit einer Mehrheit von einigen tausend Stimmen über seinen Hauptgegner, den bekannten Leitfaden- und Gesangbuchsritter, Syndikus Hausmann zu Horn, gesiegt hat. Wir verdanken dies erfreuliche Resultat sicherlich zum großen Theile auch der direkten Wahl, da bei der indirekten die hundert oder paar hundert Wahlmänner leicht an einem geeigneten Orte zusammengerufen und bearbeitet werden können, wobei die rührigen und rededreisten Demokraten immer das Uebergewicht haben, das eigentliche Gros des Volkes aber nie zu seinem Rechte und zu Worte kommt. Wir begrüßen dieses Wahlergebniß mit um so größerer Freude, da Herr v. Oheimb bereits der Vertreter unseres Landes bei den Minister-Konferenzen in Berlin gewesen, mit den Geschäften also durchaus vertraut und in jeder Weise die geeignetste Persönlichkeit ist, auch unsere besonderen Landesinteressen an maßgebender Stelle zu vertreten.

Darmstadt, 13. Februar. Das Ministerium des Großherzoglichen Hauses und des Aeußeren hat die auf dem 17. Landtag abgelehnte, auf vorigem Landtage nicht zur Berathung gekommene Proposition nunmehr wiederholt an die Stände gebracht: als Apanage für den Prinzen Wilhelm, Sohn des Prinzen Karl und Neffe des Großherzogs, die Summe von 18,000 Fl. vom 1. Januar 1866 an zu bewilligen. Gleichzeitig hat das bezeichnete Ministerium den Wunsch ausgesprochen, daß bei den Verhandlungen der Stände über diesen Gegenstand ein Ausschluß der Zuhörer stattfinden und der Druck der Verhandlungen einschließlich der Ausschußberichte unterbleiben möge.

Stuttgart, 12. Februar. Vielleicht um den zur Konferenz versammelten Ministern zu imponiren, hatte die Volkspartei auf einen jener Tage eine große Versammlung in unserer Stadt ausgeschrieben. Es sollte dabei einestheils von der Revision der Landesverfassung, anderntheils und vornehmlich über die Vorwürfe gesprochen werden, welche man der volksparteilichen Adresse in jener Angelegenheit macht und welche besonders deren Feindseligkeit gegen Preußen betreffen. Aber, o weh! von der ganzen Stadt mit ihren sechszigtausend Einwohnern erschienen nur etwas über zweihundert. Nicht politische Gleichgiltigkeit ist der Grund hiervon, wie die Volkspartei behauptet, sondern die Erkenntniß, daß eine Rettung und würdige Herstellung des deutschen Vaterlandes nur möglich ist auf Grund der großen Thatsachen des vorigen Jahres. Auch bei uns verschließt es sich nur den Verrannten, um wie viel weiter wir sind gegenüber dem Jahre 1848; anstatt der Reden und Unterschriften giebt und gilt es jetzt Thaten und wirkliche Handlungen. Jetzt erst, sagt deshalb unsere deutsche Partei, gelte es reelle Arbeit; die Fragen, welche uns bisher nur theoretisch beschäftigten, treten nunmehr eine nach der andern praktisch an uns heran.

Ausland.

Wien, 13. Februar. (N. A. Z.) Seit gestern zirkuliren sonderbare Gerüchte in der Stadt. In Pesth soll es zu ernstlichen Unruhen gekommen sein, Demonstrationen gegeu der Ausgleich auf der vorgeschlagenen Basis seien unternommen und Hrn. v. Deak eine Katzenmusik gebracht worden. Die Börse ist durch diese Allarmnachrichten so sehr irritirt worden, daß seit gestern eine allgemeine Panik eingetreten ist. Das Meiste in diesen Pesther Nachrichten ist übertrieben, und dürften die Centralisten an deren Erfindung und raschen Verbreitung nicht ganz ohne Antheil geblieben sein; aber die Thatsache ist unanfechtbar, daß die Stimmung in Pesth mit jedem Tage aufgeregter wird, und daß es gefährlich sein würde, die dermalige Ungewißheit noch einige Tage andauern zu lassen. Von wem eigentlich die Aufregung hervorgebracht worden ist und geschürt wird, läßt sich schwer sagen, da eine Partei der andern die Schuld in die Schuhe schiebt. Die meisten Anklagen richten sich gegen die parlamentarischen Gegner der Deak'schen Prinzipien, gegen die Mitglieder der Linken, und diese haben es in der That für nöthig erachtet, in ihrem Organ, dem „Hon", eine Erklärung zu veröffentlichen, des Inhalts, daß sie alle Demonstrationen verabscheuen, da nach Wiederherstellung der Verfassung die Presse, die Parlaments-Tribüne und die Komitatssäle hinlänglichen freien Spielraum zur Bethätigung der Opposition geben werden. Die Herren von der Linken stellen da stürmische Debatten in der Kammer, in den Komitatsversammlungen und in den Journalen in Aussicht, aber sie hüten sich, eine Bürgschaft dafür zu übernehmen, daß diese Diskussionen sich nicht endlich auf die Straße verpflanzen, aus der legalen Opposition eine allgemeine Revolution werden könne.

— Neue Konferenzen der deutschen Abgeordneten werden hier abgehalten. Aus Prag ist Herbst dazu eingetroffen. (In der letzten Nummer wurde schon das Eintreffen des Führers der deutschen Autonomisten, v. Kaiserfeld, gemeldet. Der „L. Z." schreibt man unterm 12. d. hierüber: Morgen findet hier die Konferenz der deutschen Abgeordneten und zwar auf besonderen Wunsch des Frhrn. v. Beust statt. Sie wird sehr zahlreich beschickt werden.)

Paris, 13. Februar. Am 13. Januar begann, wie der „Moniteur" meldet, die Einschiffung des französischen Truppenkorps in Mexiko; ein Bataillon des 81. Regiments ging nebst mehreren kleineren Truppentheilen an Bord der „Imperatrice Eugenie", die am 12. Februar in St. Nazaire eintraf. Am 23. Januar sollte „Le Rhone" mit der noch 925 Mann starken belgischen Legion die Rückfahrt von Vera-Cruz nach Frankreich antreten. Der Gesundheitszustand der Truppen war Mitte Januar noch ein sehr vortrefflicher.

— Der Minister des Ackerbaues, des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Herr de Forcade la Roquette, hat einen heute im „Moniteur" veröffentlichten Bericht dem Kaiser vorgelegt, um die Verbreitung gewisser landwirthschaftlicher Kenntnisse in den Volksschullehrer-Seminarien, den Volksschulen selbst und in den Lehrstunden für Erwachsene anzuempfehlen und die Errichtung einer Kommission, welche die hierzu erforderlichen Maßregeln in Vorschlag bringen soll, befürworten. Der Unterrichtsminister hat sich in dieser Beziehung mit seinem Kollegen in Einvernehmen gesetzt und ist mit dessen Bericht vollkommen einverstanden. Der Kaiser hat dem betreffenden Dekret, welches eine Kommission von 12 Mitgliedern unter Vorsitz der beiden Minister ernennt, seine Genehmigung ertheilt.

— Gestern fand wieder eine Versammlung der Opposition bei Marie statt, in der zunächst beschlossen wurde, daß die Interpellation über die Adreß-Debatte die allererste sein solle. Die Majorität ahmt die Zusammenkünfte bei Marie nach und versammelte sich gestern zum ersten Male bei Baron Gerome David, etwa 35 Personen stark. Gleichzeitig fand bei Marquis de Moustier großer Empfang statt. Der Minister des Aeußern bemerkte im Laufe des Gesprächs, daß er für sein Debut in der Kammer für die orientalische Frage schon den Anfang zu einer Rede sich ausgedacht habe. „Entgegen der allgemeinen Ansicht", wolle er sagen, „seien es die Christen in der Türkei, welche die Türken unterdrückten," eine Ueberzeugung, die er durch eine Reihe aktenmäßiger Thatsachen unterstützen wolle und könne. — Der Mißerfolg des Haußmannschen Planes: das Budget der Stadt Paris vom gesetzgebenden Körper votiren zu lassen, wird offiziös den Schritten zugeschrieben, die der Munizipalrath dagegen gethan, weil sein Einfluß, wenn er nichts mehr mit dem Budget zu thun hätte, auf Null reduzirt wäre. In Wahrheit aber scheint es, daß im Mi-

nisterrathe wenig Neigung vorhanden war, auf diese Weise Haußmann als Minister für Paris vor den Kammern erscheinen zu lassen und, was der Ehrgeiz des Seine-Präfekten schon so lange vergebens erstrebt, ihn zum Mitgliede des Kabinets zu machen.

London, 13. Februar. Die Reise des Prinzen von Wales zur Eröffnung der Ausstellung in Paris ist nunmehr endgültig festgesetzt. Der spätere Besuch des Prinzen und der Prinzessin wird voraussichtlich im Juli stattfinden.

Madrid, 13. Februar. (Nordd. Allg. Ztg.) Wir erfreuen uns seit einigen Tagen vollkommener Ruhe, die nur flüchtig durch die Vollstreckung des Todesurtheils an vier gemeinen Verbrechern, welche selbst die Milde des spanischen Strafgesetzbuches nicht vor dem Schaffot hatte retten können, unterbrochen wurde. Auch die Kunstausstellung, die in diesem Jahre ohnehin magerer ist als sonst, zieht die Theilnahme der Madrilenen nur wenig auf sich. Die Politik und die Lage des Landes beschäftigt eben die Geister ausschließlich. Man verfolgt mit gespannter Aufmerksamkeit die Maßnahmen der Regierung, die sich durch die außerordentliche Lage des Landes und durch das tiefe Elend, welches die Parteien über Spanien gebracht haben, für geboten hält. Und es ist wahr, das Ministerium Narvaez tritt mit unerschütterlicher Energie und mit eiserner Faust allen den Ränken entgegen, welche die Schwäche des parlamentarischen Königthums verewigen möchten. Hat es durch die Verbannung des Hrn. Meneses gezeigt, daß es ohne Ansehen der Person aufräumt, wenn es Noth thut, so beweist ein Gerücht, welches sich von Tag zu Tag erneuert und mit immer größerer Bestimmtheit auftritt, wie vollständig es die Lage beherrscht und wie wenig es vor den äußersten Konsequenzen seiner rettenden Thaten zurückschreckt. Es handelt sich um die Verweisung des König-Gemahls nach dem Schlosse Pardo, wohin er schon im Jahre 1847 verbannt war. Bewahrheitet sich dies Gerücht, so dürfte dadurch am besten die Grundlosigkeit des Geredes erwiesen sein, daß das Ministerium zu wanken beginne. Nach meinem Dafürhalten steht es so fest wie je und es hat auch gar keine Wahrscheinkeit, daß so kurz vor dem Wahltermine, der den 10. März ansteht, das Ministerium wechseln sollte. Der Ausfall der Wahlen ist kaum zweifelhaft. Die große Masse des Volks, der Bürger und Bauer, steht entschieden hinter der Regierung und will von den Wohlthaten nichts wissen, mit denen die Progressisten das Land beglücken möchten und die in dem Stocken alles Handels und Verkehrs und in der steigenden Finanznoth so traurige Früchte getragen haben.

Kopenhagen, 15. Februar. Folgender Fall bildete den Gegenstand einer Interpellation an den Justizminister im Volkshause: Vor einiger Zeit wurde der Tischlermeister Jörgensen, im Verdachte der Brandstiftung, verhaftet, schmachtete lange im Arrest, wurde dann aber wegen Mangels an Beweisen freigelassen und starb bald darauf, wie gesagt wurde, in Folge der Leiden, welche er ausgestanden. Der Fall ist sehr tragisch und bemerkenswerth, da es sich nach Jörgensens Tode zeigte, daß er völlig unschuldig war, daß die Richter und überhaupt die Justiz keine Ahnung davon gehabt hatten, wo der wahre Verbrecher zu suchen gewesen. Es war dies ein berüchtigter Dieb und Mordbrenner gewesen, welcher ganz zufällig, um zu stehlen, in die Werkstätte Jörgensens eingedrungen war und sie aus reinem Muthwillen angezündet hatte, wobei fünf Menschen ums Leben kamen und den Verdacht, der auf Jörgensen fiel, welcher kurz zuvor höher versichert hatte, über alle Beschreibung drückend machen mußte. Die ganze Geschichte ist ein warnendes Beispiel von der zeitweiligen Blindheit menschlicher Gerechtigkeit.

Pommern.

Stettin, 16. Februar. Im großen Saale des Rathhauses fand heute unter dem Vorsitze des Wahl-Kommissarius, Herrn Oberbürgermeisters Hering, die Ermittelung und Feststellung des Resultates der Abgeordnetenwahl hiesiger Stadt zum norddeutschen Parlamente statt. Als Beisitzer wurden die Herren: Stadträthe Sternberg, Hempel, Rückforth, Karow und Weichardt, Steinsetzmeister A. Klesch, Stadtältester Theune, Apotheker Marquardt, Maurermeister Urban und Kaufmann Allendorf ernannt und mittelst Handschlages an Eidesstatt verpflichtet; als Protokollführer fungirte der in gleicher Weise verpflichtete Magistrats-Kalkulator Bublitz, der ebenfalls Wähler des hiesigen Stadtbezirks ist. Nachauf dem der Herr Vorsitzende demnächst die Gesichtspunkte entwickelt, welche es nach den ergangenen Bestimmungen für die Versammlung ankomme, erfolgte die Zusammenstellung des Resultats aus den einzelnen Bezirkswahllisten. Es sind danach überhaupt 6396 Stimmen, darunter 53 ungültige abgegeben, so daß die Zahl der gültigen Stimmen also 6343 beträgt. Von diesen hat erhalten: Redakteur Otto Michaelis in Berlin 3630, Konsul Gustav Müller daselbst 2693, geistlicher Rath Müller daselbst 15, Ministerpräsident Graf Bismarck 2, Geh. Ober-Regierungsrath Ulrich in Berlin 1, Oberlehrer Th. Schmidt hier 1, Konsul Quistorp 1 Stimme, und ist demnach, wie bereits früher gemeldet, der Redakteur Michaelis mit überwiegender Majorität gewählt.

— Da die definitive Feststellung des Wahlergebnisses des Randow-Greifenhagener Kreises bis zum Schluß unseres Blattes noch nicht erfolgt war, befinden wir uns zwar außer Stande, dasselbe heute schon ganz genau mitzutheilen, indessen hören wir, daß die Zahl der für den Landrath Stavenhagen abgegebenen Stimmen die des Gegen-Kandidaten, Oberlehrers Th. Schmidt, doch mindestens um 1500 übersteigt, die Wahl des Ersteren also unbedingt gesichert ist.

Stettin, 16. Februar. (Tel. Dep. der St. Ztg.) Wahlresultat: Stolp-Lauenburg: Landrath v. Gottberg 12,175, Graf Schwerin 3591 Stimmen.

Wahlkreis Bütow-Rummelsburg-Schlawe: Entschiedene Majorität für den konservativen Grafen Blumenthal.

Stettin, 16. Februar. Der gestrige Vortrag des Herrn Professors Prutz erstreckte sich zunächst auf die Schilderung der preußisch-deutschen Verhältnisse während der 11jährigen Regierungszeit Friedrich Wilhelm's II., ältesten Sohnes des Prinzen August Wilhelm und Neffen Friedrichs d. Gr. (1786—1797.) Redner wies insbesondere nach, daß jener Regent nicht der Mann gewesen sei, um die von seinem Oheim überkommene Erbschaft des in jeder Beziehung mächtigen und blühenden preußischen Staates, der unter Friedrich d. G. ein europäischer Musterstaat gewesen und den jener als den Hort Deutschlands hingestellt habe, in dem Sinne zu verwalten, wie die Verhältnisse es geboten. Schon in der Zusammenkunft Friedrich Wilhelms II. mit dem Kaiser Leopold von Oesterreich zu Reichenbach i. Schl. im Juli 1790 sei die Grundlage zu einer Politik gelegt, die künftig mit Oesterreich Hand in Hand gehe und habe diese Grundlage dann in dem Allianz-Vertrage gegen Frankreich zum Schutze Ludwigs XVI. ihre weitere Ausdehnung gefunden. Später habe sich diese Allianz allerdings gelockert, indem man in den entscheidenden Kreisen Preußens an der Kriegführung entschieden keinen Gefallen mehr gefunden. Ferner habe Preußen die ausdrücklich von ihm garantirte polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 fallen lassen, sich Oesterreich und Rußland angeschlossen und an der zweiten und dritten Theilung Polens (1793 und 1795) Theil genommen, durch die es bedeutende Landerwerbung erzielt. In dem am 5. April 1795 abgeschlossenen Baseler Frieden sei die damalige Republik Frankreich von Preußen anerkannt, durch welches Anerkenntniß es sich von Oesterreich den Vorwurf der Koketterie mit der Revolution zugezogen. Durch einen geheimen Artikel dieses Friedens wäre Frankreich für alle Zeiten der Besitz des linken Rheinufers, und zwar, was ganz besonders ins Auge zu fassen sei, gegen Kompensation durch deutsches Reichsland zugesichert worden. Dieser Beute sei Friedrich Wilhelm II. indessen nicht mehr froh geworden, indem er bereits am 16. November 1797 gestorben. Aber auch für seinen Nachfolger Friedrich Wilhelm III., der von 1797 bis 1840 regierte, hätten noch Jahre vergehen sollen, ehe er jene Beute erlangen konnte. Sodann des unglücklichen Krieges Oesterreichs gegen Italien (1795—97), sowie der zweiten Koalition Oesterreichs, Englands und Rußlands gegen Frankreich (1799) mit ihren für Oesterreich sehr nachtheiligen Folgen und des Friedensschlusses zu Luneville (1801) gedenkend, wies Redner darauf hin, daß Preußen im letztgedachten Jahre für seine an Frankreich überlassenen Besitzungen jenseits des Rheins von etwa 40 Quadratmeilen mit ca. 120,000 Einwohnern, in den Bisthümern Paderborn und Hildesheim, sowie einigen kleineren Gebieten eine sehr stattliche Entschädigung (von ca. 240 Quadratmeilen) erhalten habe. Im Jahre 1805 bildete sich die dritte Koalition, indem sich Oesterreich und Rußland mit England gegen Frankreich – das inzwischen Preußen zu veranlassen gewußt hatte, Hannover als englisches Besitzthum bis zum Friedensschluß in seinen Gewahrsam zu nehmen — verbündete. Preußen bildete dagegen noch neutrales Gebiet, lehnte auch den Abschluß eines Bündnisses zur Theilnahme an dem schwebenden Kriege ab, übernahm es vielmehr nur, den Grafen Haugwitz als seinen Gesandten an Napoleon zu senden, um ihn zu einem Friedensschlusse mit Oesterreich und seinen Bundesgenossen zu bestimmen. Die Instruktionen dieses Gesandten lauteten dahin: daß Napoleon, der bereits am 1. Oktober den Rhein überschritten hatte, aufgefordert werden solle, bis zum 15. Dezember die Grenzen Deutschlands zu räumen und der event. Bildung eines norddeutschen Bundes keine Hindernisse entgegen zu stellen. Schon am 2. Dezember 1805 kam es indessen zur Schlacht bei Austerlitz (der sog. Dreikaiserschlacht), Rußland trat ohne Weiteres vom Kriegsschauplatze ab und Haugwitz schloß am 15. Dezember 1805 im Lustschlosse zu Schönbrunn, in dem Napoleon damals als Kaiser residirte, ganz gegen seine Instruktion und vollständig eigenmächtig einen Allianzvertrag zwischen Preußen und Frankreich ab, in Folge dessen Napoleon am 15. Februar 1806 von Preußen die definitive Besitzergreifung Hannovers und die Sperrung der Elbe und Weser (die sogen. Kontinentalsperre) gegen die Engländer verlangte. Leider ging Preußen auf diese Forderung ein, und durch die ungerechtfertigte Besitznahme dieses Landes habe es, wie Redner ausführte, offenbar jede Achtung in den Augen Napoleons verloren. Schon im Jahre 1806, nachdem auch Oesterreich von dem Kampfplatze abgetreten war, Preußen nach Auflösung des deutschen Reiches sich vergeblich bemüht hatte, einen norddeutschen Bund zu errichten und die Räumung Deutschlands von den Franzosen zu erlangen, kam es zwischen Preußen und Frankreich zum Kriege. Dieser hatte die unglücklichen Schlachten von Auerstädt und Jena in seinem Gefolge, durch welche die alte preußische Monarchie zu Grabe getragen wurde, woraus sich indessen demnächst die Macht und Thatkraft des preußischen Volkes glänzend entwickelte.

— Der 10. (Schluß-) Vortrag des Herrn Professors Prutz findet am nächsten Montag, den 18. d. M., Statt.

Stargard, 15. Febr. Am 13. d. Mts., Abends, machten mehrere in einem Zimmer des Kriminal-Gefängnisses eingeschlossene Gefangene einen Fluchtversuch, der erst bemerkt wurde, als sie bereits das Drahtgitter und das hölzerne Fensterkreuz entfernt hatten und mit Herausbrechen der Eisenstäbe beschäftigt waren. — Der Oberbaurath, welcher auf der hinterpommerschen Bahnstrecke mehrere Bahnwärter beschwindelt hatte und sich jetzt bettelnd umhertrieb, ist in Lindow endlich gefänglich eingezogen worden. Sein Name ist Mitzlaff.

Vermischtes.

— (Unerwartet.) Die Korr. „Spitz“ erzählt folgende melodramatische Familien-Geschichte aus Wien: Vorgestern Abend wurde die Handarbeiterin Anna K. durch die Ankunft ihres seit acht Jahren verschollenen Gatten nicht wenig überrascht. Derselbe verließ im Jahre 1858 kurz nach seiner Hochzeit plötzlich seine junge Gattin und nahm das ganze Vermögen, selbst das ihm von seiner Frau zugebrachte Heirathsgut mit sich, wodurch sich die arme Verlassene, die sich Mutter fühlte, in die traurigste Lage versetzt sah. Sie lebte seit jener Zeit mit ihrem Söhnchen vom Handschuh-Nähen, während ihr Gatte, der nach Amerika gegangen und sich dort ein bedeutendes Vermögen erworben, sich nicht weiter um Weib und Kind bekümmerte. Vor einigen Monaten verfiel der Mann jedoch in eine lebensgefährliche Krankheit und that auf dem Krankenlager das Gelübde, im Falle der Genesung sogleich nach Wien zurückzukehren und seine verlassene Gattin aufzusuchen. Bereits am Rande des Grabes ward er dennoch gerettet und nach kurzer Zeit wieder gesund. Sogleich trat er die Reise in seine Heimath an und langte jüngst hier an. Am nächsten Tage erforschte er die Adresse seiner Gattin und erfüllte sein Gelübde. Er bat auf den Knien um Verzeihung, und indem die schwergeprüfte Frau dem Vater, der sein Kind noch nicht gesehen hatte, dasselbe in die Arme drückte, wurden drei Menschen glücklich. Der Mann hat übrigens, wie man hört, aus Amerika ein Vermögen von mehr als 100,000 Dollars mitgebracht.

Neueste Nachrichten.

München, 15. Februar. In der heutigen Sitzung des Staatsraths ist der Gesetzentwurf über die Behandlung des Heergesetzes durch den ständischen Landtagsausschuß während der Vertagung des Landtages festgestellt worden, und wird dessen Vorlegung morgen erwartet. — Der König hat heute dem bisherigen preußischen Gesandten Fürsten Reuß eine Abschiedsaudienz ertheilt und denselben demnächst zur Tafel gezogen. Fürst Reuß erhielt vom Könige dessen lebensgroße Photographie zum Geschenk.

Paris, 15. Februar. In dem Blaubuch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Schwierigkeiten zwischen Rom und Italien sich ebnen werden. Der Pforte wird der Rath gegeben, daß sie sich keinen Illusionen hingeben möge; sie müsse Reformen für Muselmänner und Christen ins Leben rufen, durch öffentliche Arbeiten die Reichthümer des Landes entwickeln und ihr Finanzsystem abändern. Die kretische Frage bestehe im Ganzen noch, und es müsse sich fragen, ob Angesichts der Sympathien Europa's die Anfangs für genügend erachteten Kombinationen es noch seien. Was Amerika anbelange, so existire zwischen ihm und Frankreich keine Meinungsverschiedenheit. Aus Mexiko würden nach der Mittheilung des Ministers im März die letzten Franzosen abgegangen sein. Ueber die deutschen Angelegenheiten sagt das Blaubuch: Preußen habe sich durch den letzten Krieg definitiv mit Norddeutschland verbunden. Des Versprechens der preußischen Regierung, die Bevölkerung Nordschleswigs abstimmen zu lassen, wird Erwähnung gethan. Süddeutschland habe sich ausdrücklich das Recht vorbehalten, welche Beziehungen es zu dem norddeutschen Bunde eingehen wolle. Was Oesterreich anbelange, so habe es keinen Theil an Deutschland und Italien mehr. Es habe die Stellung verloren, welche historische Traditionen ihm theuer gemacht. Wenn Oesterreich durch den Unstern des Krieges leide, so werde es in dem Patriotismus und der Ergebenheit seiner Völker verschiedenster Race Mittel finden, um alle inneren Schwierigkeiten, die Theil an seiner Schwächung haben, zu lösen. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers hielt Graf Walewski eine Ansprache, in der er etwa Folgendes sagte: Der Kaiser schreitet sicheren Schrittes auf der Bahn des Fortschrittes vor, dessen Strömung ebenso leicht diejenigen, welche die Anforderungen der Zeit verkennen, irre zu leiten droht, als diejenigen, welche sich durch eitle Utopien verführen lassen. Der Kaiser vermehrt, indem er unsere Rechte erweitert, zugleich unsere Verantwortlichkeit, unsere Pflichten. Frankreich ist unerschütterlich in seiner mächtigen Einigkeit; indem es das Vertrauen der Regierung mit Vertrauen erwiedert, kann es mit Ruhe den Ereignissen entgegensehen, sicher, daß keines der großen Interessen in den Händen derer, welche Frankreich leiten, Gefahr laufen werde, sicher auch, daß es immer zu dem bereit sein werde, was das Schicksal fordern kann und stets zu beweisen bereit, daß keine Anstrengung seinen Patriotismus zu übersteigen vermag.

Florenz, 15. Februar. Der König hat die Demission Jacini's, des Ministers der öffentlichen Arbeiten, angenommen. Der griechische Gesandte Konduriotis wurde heute von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten empfangen. Die „Italie“ glaubt, das Ministerium werde morgen spätestens konstituirt sein. Die Demissionen des Finanzministers Scialoja und des Justizministers Borgatti seien definitiv, dagegen ist die des Kultusministers Berti noch nicht angenommen. Es scheine beschlossen, daß Baron Ricasoli das Portefeuille des Innern behalte. Wie man glaubt, wird das Gesetz, betreffend den Kirchengüterverkauf, vollständig umgearbeitet werden, ehe es dem neuen Parlamente vorgelegt wird. Mehrere Journale bestätigen, daß ein Regierungsmanifest bevorstehe, in welchem das ministerielle Programm dem Lande auseinandergesetzt werden solle. Dem „Diritto“ zufolge haben 72 Deputirte der Opposition ein Manifest an die Italiener unterzeichnet.

London, 15. Februar, Nachmittags. Nach einem Telegramm der „Times“ aus Washington vom 13. d. M. hat das Repräsentantenhaus beschlossen, den Belagerungszustand der zehn Südstaaten unter dem Kommando von Offizieren der regulären Armee zu proklamiren.

London, 15. Februar, Abends. Die telegraphische Verbindung mit Valencia ist wieder ins Stocken gerathen, jedoch erklärten die Minister in beiden Häusern des Parlaments, die Bewegung im südwestlichen Irland sei vollständig vereitelt.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

London, 16. Februar. Irland ist ruhig. Die Telegraphenverbindung ist wieder hergestellt. Die Fenier bei Killarney betragen höchstens hundert; sie sind flüchtig und theilweise eingefangen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. Februar. Witterung: Frühlingsluft, Nachts leichter Frost. Temperatur + 8° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen etwas niedriger, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 82—$85\frac{1}{2}$ Rt. bez., geringer 70—81 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 83 Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 84 Rt. Br.

Roggen Termine flau und niedriger, pr. 2000 Pfd. loco $52\frac{1}{2}$ bis $55\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühj. 53, $52\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Gd., 53 Rt. Br., Mai-Juni $53\frac{1}{4}$, 53 Rt. bez., $53\frac{1}{2}$ Rt. Br., Juni-Juli 54 Rt. bez. u. Br.

Gerste 69—70pfd. schles. Frühjahr $48\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Hafer 47—50pfd. Frühjahr $30\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Rüböl wenig verändert, loco $11\frac{1}{2}$ Rt. Br., Februar $11\frac{1}{4}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{3}{8}$, $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez. u. Br., Mai $11\frac{5}{12}$ Rt. bez., September-Oktober $11\frac{2}{3}$ Rt. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß $16\frac{1}{3}$ Rt. bez., Februar $16\frac{1}{4}$ Rt. Br., Frühjahr $16\frac{1}{3}$, $\frac{7}{24}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni $16\frac{7}{12}$ Rt. Br., Juni-Juli $16\frac{5}{6}$ Rt. Br., $\frac{3}{4}$ Gd., September-Oktober 17 Rt. bez. u. Gd.

Landmarkt.

Weizen 83—86 Rt., Roggen 54—57 Rt., Gerste 44—48 Rt., Erbsen 50—56 Rt. per 25 Schffl., Hafer 28—31 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—7 Rt., Heu pr. Ctr. 20 Sgr. bis 1 Rt.